

Volksblatt

Die organisierte Flucht der S.A.-Revolvergeschützen

Verhaftung eines Hauptmanns a. D. in Innsbruck.

Berlin, 13. Februar.

Bis in die späten Nachmittagsstunden hinein wurde gestern das bei den Nationalsozialisten in Berlin und Medienburg beschlagnahmte Material einer Durchsicht unterzogen, wobei, wie bereits gemeldet, sehr belastende Dokumente vorgefunden wurden. Aus dem beschlagnahmten Briefwechsel ist ersichtlich, daß die Mörder Hauschte und Beder tatsächlich schon vor einigen Wochen in Tirol angelangt waren. Ein Hauptmann a. D. v. Maltitz war der Verbindungsmann der Berliner S.A. in Innsbruck und genoss großes Vertrauen bei den Führern der Berliner Nationalsozialisten. Er ist bereits auf polizeilichen Antrag aus Berlin von der Innsbrucker Polizei festgenommen worden. Bei seiner Festnahme erklärte er, wie aus Innsbruck gemeldet wird, daß in den vier Monaten, in denen er in Innsbruck weilte, wiederholt junge Leute zu ihm gekommen seien, die Unterstützung und Arbeit suchten. Auch Beder, der mit Kollach und Hauschte beschuldigt wird, in der Silvesternacht die beiden Reichsbannerleute Schneider und Graf erschossen zu haben, habe um Arbeit gebeten, die ihm aber nicht verschafft werden konnte. Was Beder dann aber gemacht habe, sei ihm ebenso unbekannt wie der Umstand, daß Beder wegen eines Verbrechens verfolgt werde. Hauschte habe er nicht gekannt. Die polizeilichen Nachforschungen ergaben, daß zahlreiche junge Nationalsozialisten bei v. Maltitz ein- und ausgingen.

Es ist wahrscheinlich, daß die Flucht der an der Schießerei Beteiligten von den Nationalsozialisten systematisch organisiert worden ist. Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung hat sie sich etwa folgendermaßen abgespielt:

Kollach hatte die Absicht, sich selbst der Polizei zu stellen. Als er am 3. Januar in das Polizeipräsidium gehen wollte, wurde er jedoch in seinem Entschluß wieder schwankend. Er traf sich am gleichen Abend mit den Hauptbeteiligten Beder und Hauschte, die mit der Selbstbegünstigung nicht einverstanden waren. Die drei berieten nunmehr Fluchtpläne. Kollach teilt das Geld, das er bei sich hatte; es waren etwa dreißig Mark. Nach dem er in seine Wohnung zurückgekehrt war, erhielt er einen kurzen maschinengeschriebenen Brief mit dem Befehl, gemeinsam mit seinem S.A.-Kameraden Hauschte nach Feldberg in Medienburg zu gehen. Der Brief war unterschrieben: „Der Dienstmann“. Kurze Zeit danach wurde ihm ein zweiter Brief überbracht mit der Aufforderung, den ergangenen Befehl sofort auszuführen. Beigelegt war noch, die Adresse des Herrn v. Maltitz, die ihm ja bekannt ist. Kollach begab sich sofort zu Hauschte, der bereits für die Flucht vorbereitet war und von dem er nunmehr Hilfe erhielt. Mit der Borzortbahn fuhren die beiden zunächst nach Dransburg, wo sie Beder trafen, der gleichfalls dorthin beordert war. Die Nacht verbrachten sie im Freien und fuhren am nächsten Morgen nach Feldberg. Hier wurden sie am Bahnhof von einem Nationalsozialisten abgeholt, der ihnen sagte, er habe von Berlin aus die Weisung erhalten, die Flüchtlinge zu jagen. Drei Tage lang lebten Beder, Hauschte und Kollach im Hotel Wühner in Feldberg. Kollach trug sich mit seinem richtigen Namen ins Fremdenbuch ein, die anderen mit falschem. Die Seite des Fremdenbuchs mit den drei Namen wurde später jedoch herausgerissen. Ihr „Quartiermeister“, der sie bei der Ankunft in Empfang genommen hatte und der übrigens der S.A.-Führer von Feldberg ist, forderte sie am vierten Tage auf, schleunigst nach Neubrandenburg weiterzufahren und gab jedem 30 Mk. Er stellte ihnen außerdem eine Bescheinigung aus, daß sie zuverlässige, arbeitslose S.A.-Kameraden seien, die Unterstützung verdienen. In Neubrandenburg trennten sich Beder und Hauschte, die entsprechend ihrer Weisung sofort nach Bayern weiterfuhren und allem Anschein nach über die Grenze entkommen sind. Kollach blieb bei dem Sturmführer von Neubrandenburg Porath und war später bei dem nationalsozialistischen Unterführer Koch-Kühlow in der Landwirtschaft tätig. Von hier schickte er einmal an einen nationalsozialistischen Zeitungshändler in Berlin einen Brief, in dem er um „Tabak“ bat. Daraufhin bekam er 28 Mk. zugeflickt. Ende Januar erhielt Kollach einen Brief mit der Anrede „Lieber Beder“, in dem es hieß, sein Urlaub sei nunmehr zu Ende. Die anderen befanden sich bereits „im Tode“. Er solle bis Oberaudorf — ein Grenzort auf der Straße Rosenheim-Innsbruck — fahren, den Inn aufwärts bis zur Fährte gehen und sich dann überlegen lassen. Nach einstündigem Weg gelangte er dann nach Ruffstein und von hier nach Innsbruck. Kollach fuhr sofort über Bittenberg nach München und von hier nach gleichen Tage nach Oberaudorf. Hier wurde er, wie bekannt, beim Überqueren der Grenze verhaftet.

Der von der Polizei festgenommene nationalsozialistische Sturmführer Scheibner aus Feldberg, der in die Abteilung IA des Polizeipräsidiums eingeliefert und dort von dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Dr. Redmann, vernommen wurde, hat dem Untersuchungsrichter erklärt, daß er für die Ver-

herbergung der Leute gesorgt habe. Er be-
treibe aber, gewußt zu haben, um wen es sich
gehandelt habe. Eine Gegenüberstellung mit Kollach
erbrachte nicht den Beweis dafür, daß Scheibner den
Kollach am Bahnhof Feldberg erwartet und abgeholt hat.
Scheibner ist mangels dringenden Tatverdachts aus der
Polizeigaststätte entlassen worden.

Kein generelles S.A.-Verbot.

Berlin, 13. Febr.

Im Zusammenhang mit der Beschlagnahme von
Schriftenmaterial bei den Berliner nationalsozialistischen
S.A.-Gruppen ist in politischen Kreisen das Gerücht ent-
standen, daß das preussische Innenministerium ein gene-
relles Verbot der S.A. ähnlich dem Verbot des
Roten Frontkämpferbundes plane. Wie das A.D.Z.-Büro
an unterrichteter Stelle erzählt, muß diese Nachricht schon
deshalb als falsch bezeichnet werden, weil bisher
das außerordentlich umfangreiche beschlagnahmte Mate-
rial noch nicht einmal von der politischen Polizei völlig
durchgearbeitet werden konnte. Das Innenministerium
ist h. J. nur mündlich informiert. Außerdem werde ein
generelles Verbot der S.A. wohl kaum in
Frage kommen, weil es sich bei dieser Gruppe um
eine Art Funktionskörper der national-
sozialistischen Partei handele, im Gegensatz zum
Roten Frontkämpferbund, der eine selbständige Organi-
sation war, deren Teilnehmer nicht der S.A. an-
gehören mußten. Es liesse sich lediglich fest, daß einige
lokale Abteilungen der S.A. in drei oder vier Fällen
politischen Verbrechern zur Flucht verholfen hätten, worin
eine Begünstigung des Reichstages liegen
könne, und weiter, daß sie gewisses widerrechtlich be-
schafftes Material aufbewahrt, was als Hehlerei zu
werten sei. Daher würden die Ermittlungen des Mini-
steriums wohl in erster Linie darauf gerichtet sein, welche
Maßnahmen gegen diese lokalen Organisationen der S.A.
zu ergreifen sind.

„20000 Meilen unter dem Meeresspiegel“

U-Boot-Nordpol-Expedition.

Paris, 13. Februar.

Ende April wird der amerikanische Polarforscher
George Hubert Wilkins mit dem U-Boot „Nautilus“ zu
einer neuen Nordpol-Expedition aufbrechen,
diesmal unter dem Meerespiegel. Das ist die Fahrt, die eine
Romanotopie verwirklichen soll und auch demgemäß vor-
bereitet worden ist. Denn Wilkins und der amerikanische
Marineoffizier Sloan Danenhower, der fünftägige
Kommandant des Wilkinsches Unterwasserbootes, haben sich
die Teilnahme von Jean Jules Verne gesichert, dem
Erfinder des Romanoiders Jules Verne, der in seinem
U-Boot-Roman „20000 Meilen unter dem Meeresspiegel“
vor einem halben Jahrhundert diese Expedition
in allen Einzelheiten schon vorausahnte. „Nautilus“
wird der Name des Schiffes sein, wie das Boot in Verne's
Roman hieß.

Wilkins, der mit Gifford als Partner seine Ge-
biete der arktischen Regionen durchflog und den Nord-
pol erreicht hat, plant seit 1929 die Unterquerung des
Nordpols im U-Boot. Mit der wissenschaftlichen Mög-
lichkeit, sein Projekt durchzuführen, haben sich auch
deutsche Gelehrte befaßt. 1900 hat Dr. A. N. S. in Kiel
eine Broschüre über die Idee veröffentlicht. Der „Nautilus“
ist das umgebaute amerikanische U-Boot „P-12“.
Es wird acht Personen beherbergen, drei Unter-
wasser bleiben können und mit speziellen Stoffen
gegen die Kälte geschützt werden, einer Vor-
richtung, die im Augenblick des Kontaktes mit dem Eis
das Schiff zum Niedergehen nötigt.

Dr. Harald Sverdrup, der wissenschaftliche Leiter
der Expedition, ist ein Nordpolveteran. Seine bedeut-

Reichswehrministerium und Hitler.

Berlin, 13. Februar.

Wie die „B.Z. am Mittag“ berichtet, soll die Unter-
suchung des gestrigen in der nationalsozialistischen Zentrale
in der Hedemannstraße beschlagnahmten Materials er-
geben haben, daß zwischen der Leitung der S.
D. A. P. und dem Reichswehrministerium gewisse
Beziehungen bestanden. Wie wir
dazu von unterrichteter Stelle erfahren, ist diese Meldung
nur insofern richtig, als tatsächlich bei den Haus-
suchungen ein an Hitler gerichtetes Schreiben des Korvet-
tenkapitäns a. D. Beelich, der als wissenschaft-
licher Hilfsarbeiter im Reichswehrministerium
tätig ist, gefunden wurde. Es handelt sich bei diesem
Schreiben des aus allgemeinen Abbaugründen zum 1.
April d. Js. gekündigten Korvettenkapitäns Beelich
um eine Anstellung bei der Nationalsozialistischen Partei
in diesem Schreiben ausdrücklich hervor, daß er, obwohl er
seit 1928 nationalsozialistisch gewählig hat, bisher sich
in seiner politischen Betätigung zurückgehalten hat und auch
nicht Mitglied der Nationalsozialistischen Partei
geworden ist, da es ihm als älteren Mann
nicht liege, Heimlichkeiten gegen seinen Vorgesetzten zu
haben. Er kündigt an, daß er mit dem Tage seines
Auscheidens aus seiner bisherigen Stellung Mitglied
der Partei werden wolle. In den zuständigen
Stellen des Reichswehrministeriums ist man angesichts
der Tatsache, daß sich der fragliche Brief lediglich mit
einer Bewerbung befaßt, der Ansicht, daß nichts zu be-
anstanden gewesen wäre.

Aus Kreisen des Polizeipräsidiums erfahren wir zu-
dem von den Morgenblättern gebrachten Meldungen über
angebliche Beziehungen eines höheren Ministerialbeamten
zu den Nationalsozialisten, die auf Grund des bei den
Hausdurchsuchungen aufgefundenen Materials festgestellt wor-
den sein sollen, daß es sich anscheinend nur um eine Ver-
mittlung handele, da sonst kein weiteres Material
in dieser Beziehung gefunden worden sei.

Tagesfragen.

Der „Verfassungsbruch“.

Die geringe Ver-
stärkung der Geschäfts-
ordnungsbestimmungen
des Reichstags soll nach nationalsozialistischer und
deutschnationaler Behauptung bekanntlich ein Ver-
fassungsbruch sein, dessen Feststellung durch den Staats-
gerichtshof man indessen wohlweislich nicht beantragt.
Die bekannte Duplizität der Ereignisse hat nun aber
das Doppelspiel dieser beiden Parteien in bezug auf
des Reichstags gerückt. Nur zwei Tage später nämlich, da
sie durch raffinierteste Obstruktionsmethoden im Reichs-
tag gegen die Parteien antraten, die auf sachliche
Arbeit mehr Wert legen als auf gewissenlose Agi-
tation, geschah es, daß man auch im Danziger
Volksstag über eine von den Regierungsparteien
beantragte Verstärkung der Geschäftsordnung Be-
schluß faßten mußte. Es soll nach dem Antrag zur Auf-
rechterhaltung der Arbeitsfähigkeit des Volkstages die
Rechtszeit verkürzt werden können. Außerdem wurden
noch einige Sicherungen gegen zu weitgehende Ob-
struktion der Kommunikation in die Geschäftsordnung
hineingearbeitet. Hinter dem Antrag standen die Zen-
trumspartei, die Mittelparteien sowie die Deutsch-
nationalen und Nationalsozialisten.
Im Reichstag suchten diese beiden Parteien ganz ähn-
liche Bestrebungen mit Obstruktion und Streit zu labo-
rieren, im Danziger Volksstag stimmten sie freudig be-
wegt zu. Was im deutschen Danzig offenbar politi-
sche Selbstverständlichkeit und ein-
wandfreie Gesetzmäßigkeit ist, das wird,
da es im Reichstag geschehen und hier dadurch das un-
verantwortliche Spiel der Opposition erschwert wor-
den ist, im Deutschen Reich als Verfassungs-
bruch hingestellt!

Methode 1874.

Der nationalsozia-
listische Agitations-
kampf ist mehr und mehr zu einem mit allen, auch
den unsäglichsten Mitteln geführten Kampf gegen
das Zentrum ausgewachsen. Man muß schon in
der deutschen Geschichte bis in die Zeit, als der Kaiser-
kampf auf seinen Höhepunkt angelangt war, zurück-
blättern, um auf eine Verleumdung der Zentrumspartei
zu stoßen, die von einer gleich brutalen Verleu-
ndungsfähigkeit geleitet war. Und wenn Karl Wagner im
dritten Band seiner Zentrumsgeschichte geschrieben hat,
was damals an Schmähungen gegen das Zentrum ge-
leistet worden sei, erscheine heute kaum noch verstand-
lich, ja hat er diese Ansicht geäußert, bevor die Na-
tionalsozialisten sich der Sache annahmen. Man ge-
winnt gar den Eindruck, daß sie aus jener Zeit des
Großkampfes gegen das Zentrum, die ja an unwar-
nen Behauptungen nicht arm ist, heute wieder Kapital zu
schlagen suchen. Hat es doch der Abgeordnete Kube,
der Führer der nationalsozialistischen Preußenfraktion,
am Donnerstagabend in einer Rede im Berliner
Sportpalast fertig gebracht, seinen Zuhörern folgendes
aufzuzählen:

Als im Jahre 1874 Kullmann den damaligen
Leiter der deutschen Politik, den Fürsten Otto von
Bismarck, durch ein Attentat umbringen ver-
suchte, hat der Zentrumsführer Windthorst erklärt,
daß man eine große Partei mit dem Beifall einzelner
verirrter Angehöriger nicht belasten könne. Bismarck aber
jagte: „Er hängt sich doch an diese Redensarten.“
Daraus ist zweierlei zu folgern: Einmal gehörte das
Zentrum, das heute mit gleichzeitiger Bismarck-
männlichkeit von einer Säuberung der politischen Sitten
und einer Reinigung des öffentlichen Lebens im Verein mit
den bürgerlichen Kampfparteien und den verlogenen
Sozialdemokraten spricht und von der nationalsozialisti-
schen Wortschneiderei, mit zu jenen Gruppen,
die den Mord an Andersdenkenden in die politische
Leben der Nation eingeführt haben. Und zum zweiten wird die Politik, die jetzt
vom Zentrum unter Brünning und Brüning betrieben wird,
ihm gleichfalls unter allen Umständen an die Redensarten
geknüpft werden wie seinerzeit der Wortschneiderei auf den
Reichstagsführer Fürst Bismarck, mag es sich noch so sehr
streben.

Die Verantwortung für die Politik Brünnings trägt
das Zentrum gern. Nichts ist dagegen zu sagen, wenn
Kube es damit befaßt. Aber eine Unverschämtheit
sondergleichen ist seine Behauptung, daß
das Zentrum zu jenen Gruppen gehöre, die den Mord
an Andersdenkenden in die politische Leben der Na-
tion eingeführt haben. Wer war jener Kullmann? Es
war nichts weniger als kirchlich geknüpft, er war nie
im Sinne der Zentrumspartei politisch hervorgetreten.
Weil er aber einen katholischen Taufnamen hatte und
weil er von sich behauptete, er stehe auf dem Stand-
punkt des Zentrums, machten Bismarck und seine
Presse, rücksichtslos und brutal, wie damals der Kampf
gegen das Zentrum von ihnen geführt wurde, dieses
für die Tat verantwortlich. Der Zentrumsgesand-
nete Graf Ballestrem aber quittierte den von Kube
zitierten Ausspruch Bismarcks mit einem entsetzten
Schrei. Das Zentrum hat den politischen Mord stets
verurteilt. Und nur ein ganz rücksichtsloser Demagoge
kann es heute noch fertig bringen, aus jenem in der
Zentrumspresse stets verurteilten und weder durch
ihre Sprache, noch durch die der damaligen Zentrums-
politik veranlaßten Anschlag, der glücklicherweise
ohne schwere Folgen blieb, Kampfmateriale gegen das
Zentrum zu gewinnen. Im übrigen aber trifft auch
auf die heutige Zeit zu, was Wagner über die Kampf-
methoden des Jahres 1874 sagt: „Statt mit Gründen

Noch über 21 500 Junglehrer ohne Beschäftigung.

Berlin, 13. Febr.

Der preussische Kultusminister hat dem Landtag heute
eine Uebersicht über die Zahl der heillosen Schulamts-
bewerber nach dem Stande vom 15. November 1930 über-
reicht. Danach sind noch 21527 heillosen Bewerber
vorhanden, von denen vorläufig beschä-
tigt sind 13623, jedoch völlig ohne Beschäfti-
gung im Schuldienst 7904 Junglehrer sind.
Unter ihnen befinden sich 1118 evangelische Bewerber,
885 evangelische Bewerberinnen, 3415 katholische
Bewerber und 2488 katholische Bewer-
berinnen.

Einigung zwischen Reich und Preußen über die Osthilfe.

O Berlin, 13. Februar.

Wie wir erfahren, ist es bei den Verhandlungen, die
heute nachmittag und abends zwischen den zuständigen
Stellen des Reiches und Preußens im Beisein des
Reichslandtags und des preussischen Ministerpräsidenten
stattgefunden haben, gelungen, auch über den letzten
kritischen Punkt des Osthilfegesetzes, die
Frage der Haftpflichtverbände, eine Ein-
igung herbeizuführen. Danach werden die Haft-
pflichtverbände fakultativ eingeführt. Ueber die

Bildung der Verbände beschließen die Landwirtschafts-
kammern. Nach Auffassung unterrichteter Kreise bedeutet
das, die Haftpflichtverbände wahrhaftig
abgetan gebildet werden, da die Vertreter der Land-
wirtschaft die Haftpflichtverbände allgemein gefordert
haben. Die Gesetzentwürfe werden nun morgen vor das
Reichstagsabiet kommen.

Curtius in Urlaub.

Berlin, 13. Februar.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius hat
einen kurzen Erholungsurlaub angetreten, den
er im März verbringen wird.

Hat ein sowjetrussischer Bander die Papstrede gestört?

Paris, 13. Februar.

Die französische Presse berichtet im Zusammenhang mit
der am Donnerstag nachmittag erfolgten Eröffnung des
Balkan-Senders, daß die Papstrede andauernd
von einem anderen sehr starken Sender ge-
stört worden sei. Es könne sich nicht um atmosphärische
Störungen handeln, da sie sofort aufgehört hätten, als
der Papst seine Rede beendet habe. Das „Echo de Paris“
bezeichnet ganz offen die sowjetrussische Regie-
rung dieses Sabotageaktes.

7210

ahren.
oten wird.

88
Hemden
1.45 1.75
Hemden
2.30 2.75

40 Mk. Belohnung!
für Rückgabe der
120 Mk., die ich am
Donnerstagabend
gegen 6 Uhr auf dem
Büffet im Postraum
liegen ließ. Warte
das Resultat dieser
Anzeige ab, bevor
ich den von verfüh-
renen Personen ge-
machten Beobachtung
und Vermutungen
nachgehe. [734g
Der Betrag v. 80 Mk.
kann in der Geschäfts-
stelle abgegeben wer-
den.

Freitag u. Samstag
ist fettes
Rindfleisch
zu 80 Pfg. zu haben.
Ferner sämtliche
Wurstwaren zu den
billigsten Preisen.
Germann Hünig,
Wulfsmeyer Kirchweg 107

ertrauen

afen
in
es

Bett „Trumpf“
stehend aus;
berbett
Kissen
erdichtet inlett,
tliche halbweisse
Feder
4,50 RM.

ACH
Goldstr.

Kämpfe man gegen das Zentrum mit blöden Schlagworten und persönlichen Verdächtigungen. Wenn man die Katholiken (wofür man allerdings jetzt das Zentrum setzen muß) als „Reichsfeinde“ bezeichnet und so „gebrandmarkt“ hatte, glaubte man aller weiteren Bemerkungen gegen sie entgehen zu sein.“

Die Oberbürgermeister.

Aus einer Meldung aus Düsseldorf hat man gestern vernommen, daß nicht nur, wie bislang bekannt war, der Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht und der Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jarres ihr Gehalt um 20 Prozent haben abbaufen lassen, sondern daß auch der Düsseldorf Oberbürgermeister Dr. Vehr seine Stadtkasse schon im vorigen Jahre die Anweisung gegeben hat, von seinem Gehalt einschließlich Nebenbezügen 20 Prozent abzuführen, daß er ferner ihm zufallende Aufwandsersatzleistungen, wie das heute längst auch anderswo oberbürgermeisterlicher Brauch ist, reißlos an die Stadtkasse überweist und daß schließlich auch der in dieser Sache am meisten öffentlich als Abzugsgegner genannte Kölner Oberbürgermeister Adenauer sich zu einer freiwilligen Kürzung seines Gehalts entschlossen hat. Von Oberbürgermeister Dr. Vehr wird außerdem der treffliche Ausdruck berichtet, daß, wer ein Ministergehalt beziehe, auch moralisch zu demselben Abzug verpflichtet sei, den sich die Minister auferlegt hätten. Aber, so wird man in den übrigen zehn Großstädten fragen, die es außer Köln, Düsseldorf, Duisburg und Essen noch in Westdeutschland gibt, wo bleibt denn unser Oberbürgermeister? Man hat bekanntlich etwas bis zu dem Wort von der Gewerkschaft der Oberbürgermeister geprägt. Sind Bracht, Jarres, Vehr und Adenauer nur Außenreiter und zeigen sich ihre andern großstädtischen Kollegen hartnäckiger als sie? Zur Verhütung der Deffektivität kann man heute mitteilen, daß hinter den Schrittmachern Bracht und Jarres nicht nur Vehr und Adenauer, sondern auch die übrigen Oberbürgermeister, soweit sie nach ihren Bezügen in Frage kommen, nicht zurückbleiben wollen. Der Vorstand des Deutschen Städtebundes, der am Freitag voriger Woche in Berlin getagt hat, hat nämlich beschlossen, daß generell ein Gehaltsverzicht sämtlicher Oberbürgermeister, die eine bestimmte Gehaltsgrenze überschreiten, durchgeführt werden soll. Sechs Prozent werden ihnen ja bekanntlich schon wie allen Beamten von ihrem Gehalt abgezogen. Wenn sie darüber hinaus noch auf einen Teil ihrer Bezüge verzichten, so ist das, mag auch etwas Druck von außen mitgewirkt haben, ein freiwilliger Akt, der Anerkennung verdient. Im übrigen muß bemerkt werden, daß nicht jeder Oberbürgermeister ein Großverdiener ist. Es gibt solche und andere, es gibt Oberbürgermeister in Groß- und in Mittelstädten, Ministergehalt aber werden doch nur von verhältnismäßig wenigen von ihnen bezogen.

Keine Spaltungsbestrebungen bei den Sozialdemokraten.

:: Berlin, 13. Februar.

Zu den heute mittig verbreiteten Gerüchten, daß die Sozialdemokraten in einer Spaltung stehe, wird von maßgebender sozialdemokratischer Seite erklärt, daß man dort dieses Gerücht mit größter Aufmerksamkeit aufgenommen habe, da in der Sozialdemokratie noch nie so eine Einigkeit bestanden hätte wie jetzt.

Deutschnationale und nationalsozialistische Versammlungen.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 13. Februar. (Draht.) Die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten haben, um die freie Zeit, die sie eigentlich parlamentarischen Arbeiten widmen sollten, wenigstens mit einer gewissen Tätigkeit auszufüllen, in Berlin Versammlungen abgehalten. Wie üblich, verstanden es die Veranstalter, durch geschickte Regie den Eindruck politischer Einigkeit und Geschlossenheit der eigenen Reihen vorzutäuschen. Sichtlich wußten die vielen Redner, die zu Wort kamen, ihren Anhängern und Nachfolgern über den Grund nicht zu sagen, der sie zum Auszug aus dem Reichstag veranlaßt hat. Der Ton der deutschnationalen Versammlung unterschied sich nicht von dem Szenen, die man von nationalsozialistischen Versammlungen her nur zu gut kennt. Sobald der Name eines Reichsministers fiel, gab es ungehörige Zwischenrufe. Wie nicht anders zu erwarten war, war das Zentrum in der deutschnationalen Versammlung eine Hauptzielgröße für die Redner. Bezeichnend ist auch ein Zwischenruf, der bei einer Rede des deutschnationalen Abgeordneten von Oldenburg-Januschka gemacht wurde. Dieser altpreussische Kammerherr gab der Hoffnung Ausdruck, daß mit dem Volksbegehren auch ein Erfolg erzielt werde, der den Herrn Braun ebenfalls von seinem Thron entferne. Bei dem Worte Braun rief eine hohe weibliche Stimme „an den Galgen bring!“ Die förmliche Heiterkeit, wodurch dieser Zwischenruf gekehrt wurde, ist der beste Beweis für die Gesinnung der Teilnehmer dieser Versammlung. Auch bei den Nationalsozialisten war von Sachlichkeit und Logik nicht zu hören. Dagegen wurden alle, die nicht zu den Nationalsozialisten und zu den Deutschnationalen gehören, auf die ordinärste Weise angepöbelt. Einer der Redner bezeichnete die Zentrumsluete als Sölden. Nur eine Gruppe von Deutschen ist den Nationalsozialisten noch verhaßter als die Zentrumsluete, nämlich die Juden. Über sie wurden ganze Kübel von Schmutz ausgegossen. Dr. Goebbels, der selbstverständlich auch als Redner in der Versammlung auftrat, meinte, die Nationalsozialisten seien, weil sie keine Möglichkeit mehr gesehen hätten, sich durchzusetzen, „aus dem Reichstag ausgezogen und zum Volk zurückgeführt“. Dr. Goebbels vergaß nur bei dieser Gelegenheit zu erkennen, daß die große Masse des Volkes, die sich den Sinn für Demokratie, Sitte und Ordnung bewahrt hat, von den nationalsozialistischen Schreibern und Demagoguen nichts wissen will.

Von gewissen Seiten werden im Zusammenhang mit der jetzt begonnenen Redebewegung der Nationalsozialisten ernsthafte Bestrebungen der öffentlichen Ordnung befürchtet. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist die Reichsregierung sehr entschlossen, die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen, um die Ruhe und Ordnung im ganzen Reich aufrecht zu erhalten. Das gilt insbesondere auch für den Fall, daß die Nationalsozialisten versuchen sollten, ungehörige Maßnahmen in den Ländern durchzuführen, in denen sie an der Regierung beteiligt sind. Der Reichsminister des Innern Dr. Brüning hat in seiner letzten Rundfunkrede unmissverständlich darauf hingewiesen, daß jeder Versuch, etwa ein Rumpfbüro zu errichten, als eine revolutionäre Maßnahme angesehen werde. Es besteht kein Zweifel, daß bei solchen oder ähnlichen Versuchen von der Reichsregierung Gebrauch gemacht werden würde. Im übrigen sind die Nationalsozialisten über die Entschlossenheit der Reichsregierung unterrichtet. Glauben sie dennoch ihrem Tandem freien Lauf lassen zu müssen, dann werden sie sich auch die Folgen selbst zuschreiben haben.

Die wirtschaftspolitische Aussprache im Reichstag.

Ruhiger Verlauf der Parlamentssitzung.

Von unserer Berliner Redaktion.

(Berlin, 13. Februar. (Draht.))

Auf dem parlamentarischen Kriegsschauplatz herrscht Ruhe. Weder von den Deutschnationalen noch von den Nationalsozialisten ist etwas Besonderes zu berichten. Ohne die früher üblichen Störungen der Rechtsopposition werden die Arbeiten des Reichstages erledigt.

Heute wurde die Aussprache über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt. Der Reichsminister Dr. Brüning hat die Rede gehalten. Er hat auf die Lage der Wirtschaft eingegangen und die Maßnahmen, die das Reichswirtschaftsministerium ergreifen wird, um die Wirtschaft zu beleben, dargelegt. Er hat auch auf die Lage der Arbeitslosigkeit eingegangen und die Maßnahmen, die das Reichswirtschaftsministerium ergreifen wird, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, dargelegt. Er hat schließlich auf die Lage der Landwirtschaft eingegangen und die Maßnahmen, die das Reichswirtschaftsministerium ergreifen wird, um die Landwirtschaft zu beleben, dargelegt.

Seit wann ist es die Einstellung des deutschen Mannes, kein Handeln nach den Forderungen von Junglingen zu richten?

(Sehr gut!) Ist etwa der Aufbau nach dem Niedbruch von 1908/07 durch die überhandnehmende Jugend, oder ist er herbeigeführt worden durch reife Männer wie Stein und Gneissau? (Zurufe der Kommunisten.) Ich gehe zu denen, die mit dem Vordringen der Jugend zu tun haben, die heute am lautesten schreien — aber die Jugend, die heute am lautesten schreien, ist viel zu jung, als daß sie vor dem Feinde geknien haben könnte! In den Ausführungen des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Genberg zeigte sich eine typische Reichstagsmännlichkeit gegenüber der Not, unter der unser Volk leidet. Wir sind gegen eine völlige Wende von unserem gegenwärtigen Handelsvertragsystem der Weltwirtschaft, denn unter diesem System haben wir es jetzt zum größten Fertigungsexport von allen Ländern Europas gebracht und wir haben damit erstmalig sogar England überholt. Ganz zurecht hat Abg. Dehner darauf hingewiesen, daß:

„Für die Landwirtschaft kein Volk so viel geopfert hat wie das deutsche, und daß keine Regierung so viel für die Landwirtschaft getan hat, wie die deutsche.“

Umso bedauerlicher ist es, daß ein Vorkämpfer der Landwirtschaft, wie Schiele, als Landwirtschaftsminister aus dem Lager der Landwirtschaft in heftigster und niedrigster Weise angegriffen wird. Ein

Stegerwald über die Zukunft des Tarifrechts.

(Essen, 13. Februar.)

Im Rahmen eines von den Adonissen Kurten Essen veranstalteten Arbeitsrechtlichen Seminars hielt Reichsminister Dr. Stegerwald heute abend hier einen Vortrag über die Zukunft des Tarifrechts. Der Minister führte aus, heute können zwar selbstverständlich diejenigen gesetzgeberischen Maßnahmen im Vordergrund, die die Sicherung der Wirtschaft und die Befriedung der Finanzen unmittelbar zum Ziele haben. Man dürfe aber auch unter den Rufen der Gegenwart niemals den Blick für die weitere Entwicklung verlieren und müsse rechtzeitig die Vorbereitung für diejenigen Gesetze treffen, die die endgültige Ausgestaltung des Tarifrechts in besseren Tagen ermöglichen. Zu diesen Gesetzen gehören vor allem das Tarifgesetz, das zusammen mit der überörtlichen Regierung ausgearbeitet werde und bereits in der letzten Sitzung des Reichstages in der Kommission für die Tarifgesetzgebung, die das Reichswirtschaftsministerium leitet, zur Beratung vorgelegt wurde. Der Minister betonte, daß die Tarifgesetzgebung eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung sei und daß sie die Grundlage für die weitere Entwicklung der Wirtschaft bilden werde.

Der Minister bemerkte dann zu der Frage, ob es zweckmäßig sei, das Tarifrecht auch künftig als reines Vertragsrecht aufzufassen, an der Wiege des Tarifvertrages stehe der Gemeinschaftsgedanke, und er könne sich auch das künftige Tarifrecht darauf vorstellen, daß nicht einzelne Verbände miteinander abhändeln würden, sondern daß sie sich freiwillig zu Tarifgemeinschaften zusammenschließen und daß der Staat diese Tarifgemeinschaften ermächtige, ihrerseits die Arbeitsbedingungen zu regeln. Der Tarifvertrag wäre dann nicht mehr eine zeitlich begrenzte Einigung isolierter Verbände, sondern eine dauerhafte, verbindliche Regelung der Arbeitsbedingungen. Mit einer derartigen Konstruktion würde nicht nur der arbeitgemeinschaftliche Gedanke im Tarifrecht fester als bisher betont, auch die erheblichen Schwierigkeiten, die bei der Überwindung der dem Tarifrecht bisher aus der gewerkschaftlichen Zersplitterung erwachsen seien, der Reichsminister betonte aber ausdrücklich, daß er sich seinerseits noch keineswegs auf einen bestimmten Plan festlegen wolle, sondern daß das Ziel seiner Ausführungen lediglich darin bestehe, zu einer ernsten Nachprüfung dieser Probleme anzuregen.

Er beschloß sich dann mit einer Reihe wichtiger Probleme des künftigen Tarifgesetzes. Bei Behandlung der Frage der Tariffähigkeit trat er dafür ein, die Voraussetzungen der Tariffähigkeit in der künftigen Gesetzgebung klarer als bisher zu präzisieren und die Entscheidung über die Tariffähigkeit in der künftigen Gesetzgebung auf die Tarifgemeinschaften zu übertragen. Er schlug vor, das Arbeitsrecht dadurch zu vereinfachen, daß die tariflichen Vereinigungen beider Seiten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) verpflichtet werden und bekante, daß durch eine Vereinfachung der Haftung gegenüber dem Arbeitgeber die Tarifgemeinschaften mehr als bisher zu vereinfachen und den verschiedenen gelagerten Verhältnissen der einzelnen Berufsstände und Berufe anzupassen. Der Tarifgedanke sei folger aber fest und bedeute einen Fortschritt, der unter allen Umständen festgehalten werden müsse.

Thüringer Landtag wünscht Senkung der Zinssätze.

(Weimar, 13. Februar.)

Im Landtag von Thüringen wurde heute von allen Parteien einstimmig ein Antrag der Wirtschaftspartei

Regierungsmittel nicht von einseitigen Parteigründungen leiten lassen. Es wäre verhängnisvoll, wenn bei uns die Verantwortung für die Steuerherstellung der freien Individualwirtschaft in Deutschland, dazu gehört eine vernünftige Zusammenarbeit zwischen den freien Arbeitgebern und den Gewerkschaften.

Freiherr v. Thüngen von der Landvolkpartei betonte, daß Staatssekretär Trendelenburg an dem Weltbegünstigungsprinzip bei der Handelsvertragspolitik festhalten wolle. Die Millionenjuden haben zwar erreicht, daß es der Landwirtschaft nicht noch schlechter geht, aber sie haben nicht erreicht, daß es ihr besser geht (lebhafter Ruf: Wie geht es denn den andern, die nicht subventioniert werden?).

Wie bedauern die Radikalisierung der Landwirtschaft!

aber sie ist nur ein Symptom für den Todeskampf, in dem sich die Landwirtschaft befindet. In der weiteren Aussprache nahmen, ohne neue Gedanken vorzubringen, das Wort der wirtschaftspolitische Führer der Wirtschaftspartei, der Christlich-Soziale Baujch, der insbesondere eine Verschärfung der Kartellverordnung forderte, der Bayer Reichsrat, der Staatspartei Meyer-Berlin und der Kommunist K. Neubauer.

Dann behauptete der Zentrumspolitiker Bielefeld, daß die Preisentwertung nicht energischer betrieben und nicht schneller abgeschlossen werden sei. Das für die Gesamtwirtschaft so wichtige

Baugewerbe dürfte nicht der Erschütterung durch schwere Lohnkämpfe ausgesetzt werden. Darum sollte sich das Reichswirtschaftsministerium mit dem Arbeitsministerium in Verbindung setzen, um bei dem bevorstehenden Ablauf der Tarifverträge auf eine friedliche Neuregelung hinzuwirken.

Der als Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Handwerkbundes bekannte Volksparteiler Feuerbaum forderte größere Forderungen für Handwerk und gewerblichen Mittelstand. Das Baugewerbe müsse von den letzten Fesseln der Zwangsverwaltung befreit werden. Die Betriebe der öffentlichen Hand müßten ebenfalls befreit werden, wie das freie Gewerbe.

Der Wirtschaftsparteiler Freidel wies auf den jahrelangen bisher wenig erfolgreichen Kampf des Baugewerbes um eine Verbilligung der Baustoffe hin. Die harten Kartelle hätten das Baugewerbe viele Jahre hindurch in unerträglicher Weise über das Maßen gehalten.

Nachdem noch vier weitere Abgeordnete mehr oder weniger daselbe wie ihr Vorgesandter gesagt hatten, wurde der Etat des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichswirtschaftsrats in zweiter Beratung vorgelegt. Zur Frage der Verschärfung der Kartellverordnung wurde unter Ablehnung der überbrachten Anträge eine vom Abg. Baugh begründete Entschließung des Christlich-Sozialen Volksdienstes angenommen.

Am Samstag steht auf der Tagesordnung neben kleineren Vorlagen die zweite Beratung des Tarifgesetzes in Verbindung mit der dritten Beratung der vom Abg. Dr. Bell (3.) und den Mehrheitsparteien eingebrachten Novelle zum Preßgesetz.

Nach der Samstagsausgabe tritt die übliche Fastenachtspause ein, die in diesem Jahre bis zum Donnerstag nächster Woche dauert. Die meisten Parlamentarier werden Berlin verlassen.

Deutsche Offiziere nach Norwegen abkommandiert.

München, 13. Febr.

Zwei deutsche Offiziere, Major Diete und Oberleutnant Seiderer, beide aus München, sind der „D. A. Z.“ zufolge zur Militärakademie in Oslo in Norwegen abkommandiert worden, um dort die Verwaltungs- und Bewegungsmöglichkeiten militärischer Verbände im Wintergelande zu studieren. Major Diete war im vorigen Jahr der Führer der deutschen Militärdelegation gelegentlich der internationalen Patrouillen-Etappen in Oslo.

Politische Zusammenstöße.

Königsberg, 12. Februar.

Zu großen Unannehmlichkeiten kam es heute nachmittag auf dem Vorplatz zum Bahnhof, wo Mitglieder der NSDAP, die aus Berlin heimkehrenden ostpreussischen Reichstagsabgeordneten empfingen wollten. Die Polizei sah sich genötigt, die Unannehmlichkeiten zu zerstreuen und die Demonstrationen unter Anwendung des Gummiknüppels in die Nebenstraßen abzuwandeln. In einer von diesen kam es zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wobei ein 20jähriger Stellmacher Ernst Schauer durch einen Messerstoß in den Rücken so schwer verletzt wurde, daß er in die chirurgische Klinik gebracht werden mußte. Der Täter ist entkommen.

Verhaftung katholischer Redakteure in Litauen.

(Rom, 13. Februar.)

Der Widerstand der katholischen Christlichen Demokraten in dem Kulturkampf führt immer wieder zu neuen Maßnahmen der Behörden gegen diese Kreise, die sich in der letzten Zeit mit jedem Tage verschärfen. Donnerstag nachmittag wurde der Chefredakteur „Kadzevicius“ bei einem Spaziergang auf der Straße von der Polizei verhaftet und in das Romauer Gefängnis eingeliefert, da er eine ihm vom Kriegskommandanten auferlegte Geldstrafe von 300 Litas nicht bezahlte. Ein anderes Redaktionsmitglied desselben Blattes, Fräulein Labanaskaitė, wurde am Freitag in den Redaktionsräumen verhaftet und ebenfalls nach dem Romauer Gefängnis gebracht. Die Verhafteten werden, falls sie die Geldstrafe nicht aufbringen, drei Wochen Gefängnis erhalten. Die Redaktion des Blattes, dem obgleich durch die Nichtausführung der Zensurgesetze eine Schließung durch den Kommandanten droht, ist durch die Verhaftung der beiden Redakteure fast völlig lahmgelegt.

Annahme großdeutscher Anträge im österreichischen Nationalrat.

Wien, 13. Februar.

Im Laufe der heutigen Debatte im Nationalrat wurden mittags die ersten Abstimmungen vorgenommen. Hierbei wurde ein großdeutscher Antrag auf Angleichung des österreichischen Ehrenrechts an das deutsche Ehrenrecht in namenhafter Abstimmung mit 80 Stimmen der Sozialdemokraten und des Nationalen Wirtschaftsblocks gegen 79 Stimmen der Christlich-Sozialen angenommen.

lich-Sozialen, des Landbundes und des Heimatsbundes angenommen. Mit der gleichen Abstimmung wurde ein großdeutscher Antrag auf Einberufung des Reichsvollzugsgerichtes im Bundesland angenommen, nachdem die Sozialdemokraten in beiden Fällen ihre dringlichsten Anträge zugunsten der großdeutschen Anträge zurückgezogen hatten. Das Abstimmungsergebnis wurde von den Sozialdemokraten mit lebhaftem Beifall aufgenommen, wobei heftige Rufe gegen den Heimatsblock laut wurden.

Stürmische Szenen im Oustricausschuß.

Paris, 13. Febr.

Die heutige Sitzung des Untersuchungsausschusses der Kammer nahm einen erregten Verlauf und führte zu einem heftigen Konflikt. Der Generalstaatsanwalt Donat-Guiane und der Staatsanwalt Pressard erklärten, obgleich sie durch den Justizminister von der Wahrung des Berufsgeheimnisses entbunden worden seien, fühlten sie sich durch das Geheimnis der gerichtlichen Untersuchung der Oustricausschuß gebunden. Besonders der Generalstaatsanwalt lehnte es ab, auf die an ihn gerichteten Fragen zu antworten, was zu lebhaften Protesten verschiedener Kommissionsmitglieder der Anklage ab. Schließlich verließ der Generalstaatsanwalt den Saal. Der Staatsanwalt Pressard nahm eine ähnliche Haltung ein.

Nach einer ziemlich lebhaften Auseinandersetzung, bei der Renaud ein Mißbilligungs-votum gegen den Justizminister beantragte, wurde beschlossen, daß der Vorsitzende der Kommission den Justizminister auf die Schwierigkeiten hinzuweisen habe, denen die Kommission bei der Durchführung ihrer Aufgabe begegnet. Der frühere Justizminister Pétet hat seine vor kurzem brieflich ausgesprochene Regierung, nochmals vor dem Ausschuss zu erscheinen, brieflich wiederholt.

Keine Trockenlegung Englands.

London, 13. Februar.

Der Abgeordnete Scrimgour beantragte im Unterhaus die zweite Lesung einer Vorlage, durch die der Handel mit Spirituosen untersagt werden soll. Ein ähnlicher Antrag wurde im Jahre 1923 mit 236 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Auch heute lehnte das Unterhaus den Antrag mit 137 gegen 11 Stimmen ab.

Snowden nahm die Gelegenheit wahr zu einem scharfen Angriff auf den Handel mit geistigen Getränken und sprach sich für ein Verbot aus. Der zuständige Regierungsvertreter wies aber darauf hin, daß die ganze Frage zur Zeit von einem Ausschuss bearbeitet werde, dessen Bericht abzuwarten sei. Deswegen könne die Regierung das Gesetz nicht aufheben. Obwohl Lady W. für die Abschaffung des Alkoholverkaufs in grauenhaften Farben malte und den einzelnen Besitzern von England und Schottlands das Recht gab, über die Frage der Prohibition selbständig zu entscheiden, setzten die Abgeordneten England vor dem Schicksal Amerikas.

Englischer Spion als deutscher Reichsangehöriger.

London, 13. Februar.

Vor einem Londoner Gericht wurde ein Spion namens Michael William Halber zu 17 Monaten Zwangsarbeit verurteilt, der bei der jetzt aufgestellten deutschen Staatsvertretung beim deutsch-englischen gemischten Schiedsgericht als Vize angestellt war und dabei, Gegenstände, hatte, erhebliche Beträge zu unterschlagen, ohne daß dies zunächst bemerkt wurde.

Mit welcher Reichfertigkeit die Einstellung dieses Boten erfolgte, geht nach der „B. Z.“ daraus hervor, daß Halber, der in England von deutschen Eltern geboren wurde, im Jahre 1921 zweimal in Berlin wegen Urkundenfälschung zu Gefängnis verurteilt wurde; im Jahre 1924 wurde er wegen Spionage zu 12 Jahren Zuchthaus, 3000 M. Geldstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre verurteilt. Durch die allgemeine Amnestie von 1929 kam er frei und wurde aus Deutschland ausgewiesen.

Daher er sofort nach seiner Ankunft in England als Spion und Vize bei der deutschen Staatsvertretung angestellt wurde, nach dem als Engländer, der der deutschen Sprache nicht mächtig war, läßt auf eine sehr nachlässige Prüfung seitens der einstellenden Behörde schließen.

Ueberfall auf einen Chauffeur.

Berlin, 13. Februar.

Diese Nacht wurde der Chauffeur K. R. in der Straße am Friedrichshain von drei jungen Burken angegriffen, die ihn zu einer Fahrt nach der Dingselbterstraße in Hohen-Schönhausen aufforderten. In dieser einsamen Straße liegen sie aus. Ehe der Chauffeur sich ihnen verweigern, richteten sie einen Revolver auf ihn und zwangen ihn, seine Karzette herauszugeben. Der Chauffeur hatte nur 650 M. bei sich. Als die Räuber davonlaufen wollten, fuhr er mit seinem Wagen zu einem Lokal und verständigte dort sein Erlebnis. Das Ueberfallkommando wurde alarmiert. Die Suche nach den Verbrechern blieb aber erfolglos; sie waren im Längengelande entkommen.

Neues starkes Erdbeben.

London, 13. Februar.

Meldungen aus Wellington zufolge ist Napier wieder von einem außerordentlich starken Erdbeben heimgesucht worden. Die Erdstöße waren schwerer als die bisherigen. Die Verbindungen wurden zerstört, und man hat noch keinerlei Nachrichten aus dem nördlich von Napier gelegenen Gebiet. Auch in Dunedin auf der Südhälfte wurde, wie „Exchange Telegraph“ berichtet, erhebliche Schäden angerichtet. Ueber die Zahl der Opfer liegen noch keine Nachrichten vor.

Neue Art von Fernsehen Amerika-Deutschland.

New York, 13. Febr.

Dem Versuchs-Laboratorium der General Electric in Schenectady ist es gelungen, nach einem vollständig neuen System Fernübertragungen von Schenectady nach Leipzig, Berlin und London zuwege zu bringen. So wurde das Bild eines Professors der Carolus-Universität in Leipzig, der an den Versuchen in Schenectady teilnahm, in Leipzig gesehen und sofort im Leipziger Universitäts-Laboratorium projiziert.

Auf die gleiche Art wurden auch weitere Bilder über den Ozean geschickt. Alle diese Bilder konnten, was bisher nicht möglich war, zu einem Film vereinigt werden, dessen Vorführung eine klare und brauchbare Fotografie zeigte.

in Packungen
von 20 Pfg an.



KARNEVAL

in
Bocholt 1931



Hotel Zur Post
A. Wubbeling.
An den Fastnachtstagen
Großes karnevalist. Treiben
mit Tanzeinlagen.
Beginn: Samstag 18,11 Uhr.
Im Klubzimmer
Luisenhof- und
Hannelorenbau.
Während der Fastnachtstage Ausschank
von „Fürstenberg-Bräu“.

Hotel „Burg Hohenzollern“
Inh.: Ant. Zurmühlen
Zu Fastnacht:
Großes Schlachtfest
mit Stimmungsmusik
ausgeführt von einer rheinischen Kapelle.
Schlachtplatte 1.— Bratwurst mit Kartoffelpüree 0.80
Schinken in Burgunder mit 1.— und Sauerkraut 0.70
Eisbein in Sauerkraut 1.— mit Brötchen 0.50
Rippchen in Sauerkraut 1.— Wurst mit Brötchen 0.50
Törtchen 0.40 238g

Kronenburg
Fastnachtssonntag, ab 5 Uhr
großer
Preismaskenball
Die drei schönsten Damen- u. Herrenmasken
werden prämiert.
Eintritt 1.— Mk. la Musik.
Es ladet zum tollen Treiben ein [231g]
Spiel- u. Sportverein Einigkeit.

Fastnacht im Hotel Bürgerkrug
Samstag
Konzert m. Tanzeinlagen
Fastnachtssonntag:
Musikalischer Frühschoppen.
Ab 6 Uhr

großer Preismaskenball
des Männergesangsvereins „Westfalengrüb“ [747g]
Eintritt 1.— Mk.
Rosenmontag:
großer Preismaskenball
des W. V. B.
Anfang 7 Uhr. Eintritt 1.— Mk.

Hotel Flügemann
Samstag, Sonntag
Montag, Dienstag
in allen Räumen 762u
**Dezenter
Karnevalsbetrieb
Bar!**

Hotel „Deutsches Haus“
An den Fastnachtstagen großer
Karnevalstrubel
Kapelle Niemann. [778g]

Gaststätte „Zur Rebe“
Inh. Bernhard Anschlag.
747a

**Café Restaurant
v. Oopen**
I. V. Heinz Hasenbeck
Ravardstraße 6

**zu Fasching
„Im Rosengarten“**
In der
„Rosenbar“
Bedienung durch
„Rosenmädel“

Hotel Lindenhof.
An allen Karnevalstagen (von Samstag bis Dienstag)
größte Festesstimmung durch

HERZENSAUBER
(Saaldekoration in märchenhafter Pracht)
Erstmaliges Gastspiel 754g

Henry und Raoul Hassel-Steahl
das fabelhafte Unterhaltungs-Duett vom „K.-P.“, Düsseldorf.
Henry Hassel-Steahl, der Sänger zur Laute und Stim-
mungssänger,
Raoul Hassel-Steahl, das Stimmphänomen, heute als
Deutschlands bester Sopransänger geltend,
Raoul Hassel-Steahl, der Konferenzler und heitere
Plauderer,
Raoul Hassel-Steahl, der feinsinnige Humorist und
Stimmungssänger im Publikum.
Henry und Raoul Hassel-Steahl, das Duett der
Ueberraschungen.
(Henry als Damenimitator u. Raoul als der Herr des Duetts.)
Für stimmungsvolle musikalische Unterhaltung bei
Konzert und Tanz
sorgt die altbewährte Hauskapelle. An allen Tagen freier Eintritt.

**Restaurant
Groß-Hardt**
Am Samstag, Sonntag u. Montag
karnevalistisches
KONZERT
Bubi mit seinen
Stimmungs-Kanonen.
Zum ersten Male in
Bocholt 708g

**Restaurant
Zum Großen Kurfürsten**
Sonntag u. Montag im dekorierten Saale
**großer
Maskenball**
Anfang 7 Uhr. Entree 1.— Mk. [229g]
Kein Maskenzwang. H. Kranefeld.

Restaurant Müller.
An den Fastnachtstagen großes
KONZERT
„Zum steilen Arm“
Fastnachtssonntag ab 7 Uhr:
Tanz.
744g

**Kaffee-Restaurant
Joh. Imping**
An den drei Karnevalstagen
„Alt Heidelberg“
im roten Tanzpalast.
Eine besondere Attraktion ist die
Blaue Grotte
Im oberen Saal. Karnevalstrubel,
Stimmung, Tanz in sämtlichen Räumen.
Von 11 bis 1 Uhr
Frühschoppenkonzert.
Nachmittags Anfang 4 Uhr.
Erstklassige Erzeugnisse der Konditorei
in und außer dem Hause. (750g)

**Wir sind von Kopf bis
Fuß auf Unsinn und
Humor eingestellt.**
Kalla - Willi - Seppl
Haus Wildör
Fastnacht 1931.

Café Eilers
An den Fastnachtstagen
**KONZERT
mit Tanzeinlagen.**
Gutgepflegtes Bier, hell u. dunkel.
Große Auswahl in Torten u. Gebäck.

**Restaurant
Jahreszeiten**
Samstagabend ab 8 Uhr
in der Restauration und in der Laubenkolonie
Großes Fastnachts-Konzert.
Sonntag und Montag in sämtlichen festlich
dekorierten Räumen
großer Fastnachtsstrubel.
Es ladet freudl. ein A. Jilling.

**Zum
Feuerwehrmann**
Samstag, Sonntag
Karnevalstrubel
im Rosengarten von
Sanssouci.
Tanz im Lichte des Scheinwerfers.
Es spielt die bekannte Stimmungskapelle.

**Die Sensation des diesjähr.
Bocholter Karnevals!**
100 Mark in bar
zur Preisverteilung, Samstag- u. Sonntagabend
Unterwelt-Apachenball
4 Damen- und 4 Herrenkostüme werden prämiert
Anfang 7,11 Uhr. Saalöffnung 8,30 Uhr.
Eintritt nur 75 Pfg.
Motto: Für ein paar Stunden ohne Sorgen.
Parole:
Auf zum weißen Rob!
Es ladet ein [751g]
Bernhard Grotstabel.

Restaurant Müller.
An den Fastnachtstagen großes
KONZERT
„Zum steilen Arm“
Fastnachtssonntag ab 7 Uhr:
Tanz.
744g

**Ab Samstagabend 7,11 Uhr
Große humoristische Konzerte der Damen-Kapelle „Fidella“.**
Im Apachen-Keller bei Ewaldi Treffpunkt sämtlicher Narren.
Vormittags ab 11,11 Uhr „Herrenabend“ mit anschließendem buntem Treiben
bis zum Wecken.

**Der Karneval
im Kaisereck**
beginnt am Samstag
abend 8 Uhr mit
**Konzert,
Tanz und
Barbetrieb**

Stadt Münster.
An allen Fastnachtstagen
Samstagabend
7 Uhr beginnend:
**Große
Stimmungsmusik**
eines internationalen
Künstler-Trios.

Zum Päperwert
An allen 3 Fastnachtstagen:
**Humoristische
KONZERTE**
mit Jazz-Einlagen.
Sonntag von 11—1 Uhr: Freikonzert.
Es ladet freudl. ein W. Herzog. 769g

**Großer
Kölner Fastnachtstrubel
im „Westfälischen Hof“**
Henry und Otto Runkel, erste
rheinische „Humoristen“ und
la. Komiker.
Original Kölner.
Sonntag, Montag u. Dienstag v. 11—1 Uhr
Frühschoppen.
Ab 4 Uhr: Humor u. Stimmung. 770u

**Restaurant
Wienen**
Fastnacht-Sonntag u. Montag
ab 5 Uhr [746g]
großer Fastnachtstrubel.
la. Stimmungskapelle.
Stimmung. Tanz. Humor.

Zum Allerhöchsten
An allen drei Fastnachtstagen:
Großer Trubel.
Beginn Sonntagmorgen 11 Uhr.
Für Stimmung und Humor sorgen
Jupp, Juan, Jans und Jänsken.
Es ladet ein [235g]
Joh. Meinen.

**GUT
HUNTING!**
Fastnachtssonntag, Montag u. Dienstag:
Großer Karnevalstrubel
mit Tanzeinlagen.
Es ladet freundlich ein [771g]
der Wirt.
Die Musik sorgt für Stimmung.

**Ab Samstagabend 7,11 Uhr
Große humoristische Konzerte der Damen-Kapelle „Fidella“.**
Im Apachen-Keller bei Ewaldi Treffpunkt sämtlicher Narren.
Vormittags ab 11,11 Uhr „Herrenabend“ mit anschließendem buntem Treiben
bis zum Wecken.